

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4957

"Änderungsantrag Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle (Kap. 04 01 neue TG)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4957 vom 10.02.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5924 des HA vom 26.02.2025
3. Beschluss des Plenums 19/6302 vom 09.04.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025 (EPL 4)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Toni Schuberl, Florian Siekmann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle
(Kap. 04 01 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 wird folgende Änderung vorgenommen:
In Kap. 04 01 wird eine neue TG (Landesantidiskriminierungsstelle) ausgebracht und mit Mitteln in Höhe von 2.700,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Darin werden 2.400,0 Tsd. Euro Arbeitnehmerbudget und 300,0 Tsd. Euro Sachausgaben und -investitionen für Geschäftsbedarf, Reisekosten, Ausgaben für Sachverständige, Veröffentlichungen, Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen veranschlagt.

Begründung:

Die Zahl der Beratungsfälle im Kontext Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit steigt laut einer Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage seit 2022. So hat die Beratungsstelle B.U.D. Bayern für Betroffene von rechter Gewalt 142 Beratungsfälle im Jahr 2022 verzeichnet, 195 Beratungsfälle im Jahr 2023 und 228 Beratungsfälle im Jahr 2024. Die Recherche - und Informationsstelle Antisemitismus registrierte 424 Fälle im Jahr 2022 und 733 Vorfälle im Jahr 2023. Für das Jahr 2024 liegen bereits 527 Vorfälle vor.

Laut Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales sind die Kommunen für das Bereitstellen eines wohnortnahmen Beratungsangebots zuständig. Somit wird die Forderung von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern der Städte Augsburg, Regensburg, Nürnberg und Erlangen ignoriert. Sie fordern die Staatsregierung auf, eine bayernweite Antidiskriminierungsstelle zu schaffen. In den vier Städten sowie in München und Ingolstadt gibt es seit mehreren Jahren auf städtischer Ebene ein solches Beratungsangebot. Doch die Förderung des Bundes – als Anschubfinanzierung gedacht – für vier weitere Stellen in der Fläche endet im Juni 2025.

Die Staatsregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden und durch die Schaffung einer landesweiten Antidiskriminierungsstelle die Kommunen entlasten. Die Zahlen steigen und die Beratungsstellen sind überfordert.

Strukturell soll die Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) an das Staatsministerium der Justiz angebunden, dabei aber ressortübergreifend und fachlich eigenständig tätig sein. Ihr ist die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwenige Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen. Damit soll nicht nur die Arbeitsfähigkeit der Stelle sicher-

gestellt werden, sondern zugleich die eigenverantwortliche und unabhängige Verwaltung der Mittel gewährleistet werden. Ziel ist es, das Bestehen und die Arbeit der LADS längerfristig abzusichern und Planungssicherheit herzustellen.

Aufgabe der LADS ist die Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung. Die LADS ist Ansprechpartnerin gegenüber der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie den Antidiskriminierungsstellen anderer Bundesländer und koordiniert die von dort kommenden Anfragen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Nachtragshaushaltsplan 2025; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Berichterstatter: **Maximilian Böltl**
Mitberichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 01 Tit. 531 11 wird der Ansatz in 2025 von 350,0 Tsd. € um 50,0 Tsd. € auf 400,0 Tsd. € erhöht.
2. Bei Kap. 04 02 Tit. 534 01 wird der Ansatz in 2025 von 200,0 Tsd. € um 300,0 Tsd. € auf 500,0 Tsd. € erhöht.
3. Bei Kap. 04 04 werden die Ansätze in 2025
 - a) bei Tit. 525 01 von 4.230,0 Tsd. € um 100,0 Tsd. € auf 4.330,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 533 08 von 0,0 Tsd. € um 80,0 Tsd. € auf 80,0 Tsd. €
 - c) bei Tit. 686 03 von 10.911,0 Tsd. € um 200,0 Tsd. € auf 11.111,0 Tsd. € sowie

- d) bei Tit. 812 33
von 20,0 Tsd. €
um 100,0 Tsd. €
auf 120,0 Tsd. €
erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungs-ermächtigungen und den sonstigen Anlagen bei der endgültigen Fassung des Nachtragshaushalts 2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Präventionskampagne gegen Cybermobbing
(Kap. 04 01 Tit. 531 11)
Drs. 19/4964
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Nachwuchsgewinnung in der bayerischen Justiz
(Kap. 04 02 Tit. 534 01)
Drs. 19/4965
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zusätzliche Fortbildungsmittel für die Bewährungshilfe
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 19/4966
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zusätzliche Fortbildungsmittel für Schöfinnen und Schöffen
(Kap. 04 04 Tit. 533 08)
Drs. 19/4967

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Psychotherapeutischen Fachambulanzen
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 19/4968
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Weitere Verbesserung der Ausbildungsbedingungen an der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz
(Kap. 04 04 Tit. 812 33)
Drs. 19/4969

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 246 Gerichtsvollziehern und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/4953
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bewährungshilfe stärken I - Personalnotstand beheben, Eingangsamt A 11 einführen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/4954
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bewährungshilfe stärken II - Mittel für Qualitätsentwicklungsprozess
(Kap. 04 04 Tit. 533 02)
Drs. 19/4955
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Arif Taşdelen u.a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Konsequenzen aus den Vorkommnissen in der JVA Augsburg-Gablingen - Mittel für die Finanzierung von 226 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4956

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle (Kap. 04 01 neue TG)
Drs. 19/4957
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Psychiatrisches und psychotherapeutisches Personal in den Justizvollzugsanstalten (Kap. 04 05 Tit. 428 21)
Drs. 19/4958
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Schulungen für den Umgang mit psychotischen Gefangenen (Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/4959
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Zusätzliche psychiatrische Station für die Justizvollzugsanstalten (Kap. 04 05 neuer Tit.)
Drs. 19/4960
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: IT-Ausstattung der Gerichte und der Justizverwaltung verbessern (Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 19/4961
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 19/4962
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Nachtragshaushaltsplan 2025; hier: 200 neue Stellen in den Justizvollzugsanstalten - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4963

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 54. Sitzung am 26. Februar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 04 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,
Horst Arnold, Arif Taşdelen u. a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 246 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/4953, 19/5924
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,
Horst Arnold, Arif Taşdelen u. a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bewährungshilfe stärken I – Personalnotstand beheben,
Eingangsamt A 11 einführen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/4954, 19/5924
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,
Horst Arnold, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Bewährungshilfe stärken II – Mittel für Qualitätsentwicklungsprozess
(Kap. 04 04 Tit. 533 02)
Drs. 19/4955, 19/5924
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,
Horst Arnold, Arif Taşdelen u. a. und Fraktion (SPD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Konsequenzen aus den Vorkommnissen in der JVA Augsburg-Gablingen –
Mittel für die Finanzierung von 226 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche
und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten
Behandlungsvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4956, 19/5924
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle
(Kap. 04 01 neue TG)
Drs. 19/4957, 19/5924

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Psychiatrisches und psychotherapeutisches Personal in den Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 428 21)
Drs. 19/4958, 19/5924
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Schulungen für den Umgang mit psychotischen Gefangenen
(Kap. 04 05 Tit. 525 01)
Drs. 19/4959, 19/5924
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Zusätzliche psychiatrische Station für die Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 neuer Tit.)
Drs. 19/4960, 19/5924
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: IT-Ausstattung der Gerichte und der Justizverwaltung verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 19/4961, 19/5924
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: Aus- und Fortbildung der Beamten (Richter) und Arbeitnehmer
(Kap. 04 04 Tit. 525 01)
Drs. 19/4962, 19/5924
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Nachtragshaushaltsplan 2025;
hier: 200 neue Stellen in den Justizvollzugsanstalten – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/4963, 19/5924

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)